
Der österreichische Weg der Inflationsbekämpfung*)

Hans Seidel

Unter der Mitarbeit von Peter Szopo

1. Austro-Keynesianismus

Harry G. Johnson war es, der die Frage nach den Wirkungen höherer Ölpreise auf die Inflation als einfachen Test vorgeschlagen hat, um herauszufinden, ob ein Ökonom Monetarist oder Keynesianer ist. Nach Johnson würde ein Monetarist auf diese Frage sinngemäß antworten, daß ein Anstieg der Ölpreise bloß eine Änderung der relativen Preise bewirke – vergleichbar einer Preiserhöhung für Volkswagen (!). Solange die Geldmenge konstant gehalten werde, gäbe es keinen Grund, warum relative Preisverschiebungen inflationär seien. Demgegenüber würde ein Keynesianer in dieser Frage argumentieren, daß die höheren Ölpreise auch ein höheres Kosten- und Preisniveau bewirkten, da eine so rasche Anpassung der im Inland determinierten Mengen und Preise an die neue Situation praktisch nicht möglich sei.

Dieses, in den siebziger Jahren ja keineswegs rein hypothetische Beispiel zeigt sehr pointiert, daß der Zugang zur Inflationsproblematik einer der Kernpunkte ist, an dem sich die verschiedenen makroökonomischen Positionen scheiden¹. Aber dieses Beispiel läßt sich noch fortsetzen: Da aus monetaristischer Sicht die höheren Ölpreise keinerlei Auswirkung auf das Preisniveau haben, bleibt auch – wiederum bei konstanter Geldmenge – das reale Produktionsniveau und die Beschäftigung unverändert. Anders im keynesianischen Modell: Hier führt der Preisanstieg – bei nicht akkomodierender Geldpolitik – zu einer Verringerung der realen Geldmenge, zu einem Rückgang der realen Nachfrage und zu einer Verschlechterung der (nominellen) Handelsbilanz.

*) Text eines Referats vor dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß des Vereins für Socialpolitik am 18./19. März 1983 in Innsbruck

Untersucht man im Sinne dieses Beispiels die österreichische Wirtschaftspolitik der siebziger Jahre, so zeigt sich deutlich unsere Affinität zur keynesianischen Position: Für uns bedeutete der Ölpreisschock das gleichzeitige Auftreten von Kosteninflation – was für Monetaristen ein wenig sinnvolles Konzept ist – und Nachfragedeflation. Der monetaristische Weg, das Geldmengenwachstum zu verstetigen und so die Anpassung der inländischen Preise zu erzwingen und inflationäre Erwartungen zu brechen, stand in Österreich nicht zur Diskussion. Und zwar nicht nur aufgrund unserer Skepsis gegenüber einem Transmissionsmechanismus, der über Geldmengenaggregate in den realen Sektor wirkt, sondern vor allem wegen der besonderen Bedeutung, die in Österreich dem Vollbeschäftigungsziel zukommt. Es ist schon richtig, daß auch eine Kosteninflation über einen längeren Zeitraum nur existieren kann, wenn sie nachfrageseitig gestützt wird². Insofern wirkt auch im Falle einer Kosteninflation eine monetäre Restriktion im Prinzip preisstabilisierend. Aber die Gefahr dieses Weges besteht darin, daß die Preise nicht rasch genug reagieren und zunächst eine Mengenanpassung stattfindet.

Das Erkennen der Doppelwirkung des Ölpreisschocks hat dazu geführt, daß in Österreich versucht wurde, den Kosten- und Preisauftrieb mit anderen Maßnahmen als durch eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik zu bekämpfen. Die Alternative war eine Kombination von Preisstabilisierungspolitik und lange Zeit expansiver Fiskalpolitik. Einerseits wurde versucht, den Anstieg der Importpreise und die inländischen Inflationstendenzen mittels Hartwährungspolitik und Einkommenspolitik zu dämpfen. Andererseits wurde der Budgetpolitik die Aufgabe zugeschrieben, den durch die gestiegenen Ölpreise verursachten Nachfrageausfall zu kompensieren und die Vollbeschäftigung zu erhalten. Die Geldpolitik hatte in diesem Konzept eine passive Rolle inne: sie ergab sich weitgehend endogen, nachdem Hartwährungspolitik, Budgetpolitik und Einkommenspolitik gewirkt hatten.

Dieses Konzept wird in Österreich oft „Austro-Keynesianismus“ genannt. Keynesianisch an dieser Politik ist etwa die zentrale Stelle der Fiskalpolitik und der Einkommenspolitik oder auch – auf der Ebene der Ziele – die Dominanz des Vollbeschäftigungszieles³. Die zusätzliche Spezifizierung „austro-“ in diesem Zusammenhang ist gerechtfertigt, weil sich unsere Wirtschaftspolitik auf instrumenteller Ebene durchaus auch nicht-keynesianischer Elemente bedient. Die österreichische Hartwährungspolitik beispielsweise entspricht sicherlich nicht üblichen keynesianischen Vorstellungen, die – ausgehend von elastizitätstheoretischen Überlegungen – den Wechselkurs eher mit dem Außenhandel als mit stabilitätspolitischen Erwägungen in Zusammenhang bringen. Haberler etwa hält unsere Art der Wechselkurspolitik für eine besondere Variante einer monetaristischen „tight money“-Politik⁴. Darüber hinaus finden sich, wenn man den Bereich der Stabilisierungspolitik verläßt und etwa die Investitionsförderung heranzieht, auch angebotspolitische Elemente in der österreichischen Wirtschaftspolitik.

Ein sehr wichtiger Punkt am austro-keynesianischen Ansatz ist die

Vorstellung, daß unsere Wirtschaft – wollte man sie theoretisch beschreiben – dem Hicksschen Konzept einer Fix-Preis-Ökonomie sehr nahekommt⁵. Prof. Streissler vertritt sehr lange schon die These, daß die tätigen Preisreaktionen in Österreich die Unsicherheit in der Wirtschaft reduzieren, spekulatives Verhalten dämpfen und die Preiseffekte von Nachfrageimpulsen abschwächen⁶. Die Annahme fixer (oder besser: nicht unendlich rasch auf Mengenumgleichgewichte reagierender) Preise ist ein zentrales Kennzeichen der meisten Keynes-Interpretationen, das in der frühen keynesianischen Literatur ebenso eine Rolle spielt wie in der neueren Ungleichgewichtstheorie. Lange Zeit galt diese Annahme bei neoklassischen Ökonomen als zwar empirisch evidentes, theoretisch aber unfundiertes „ad hoc“-Vorgehen. Erst in den beiden letzten Jahrzehnten entwickelte sich ein Verständnis dafür, daß unter der Berücksichtigung von Unsicherheiten, Informationsbeschaffungs- und Transaktionskosten, fehlenden Märkten etc. verzögerte Preisreaktionen durchaus mit den Rationalitätsannahmen der theoretischen Ökonomie vereinbar sind⁷. Dies gilt insbesondere für den Arbeitsmarkt, z. B. weil Arbeitgeber und -nehmer aus vielerlei Gründen an kurzfristig nicht preisreagiblen Beziehungen interessiert sind. Dies gilt aber auch für alle jene Gütermärkte, auf denen – wie es bei den meisten Industriewaren der Fall ist – Lager gebildet werden können, die preisstabilisierend wirken. Für Österreich hat eine empirische Untersuchung gezeigt, daß die Mehrzahl der Industrieunternehmen auf Nachfrageschwankungen primär mit Mengenanpassungen (bei Lagern und Produktion) reagiert und Preisänderungen erst bei stärkeren Nachfrageschocks an Bedeutung gewinnen⁸. Flex-Preis-Märkte sind demgegenüber vor allem jene Märkte, wo aus spekulativen Gründen Bestände gehalten werden, wo also geringste exogene Einflüsse gewaltige Mengen in Bewegung setzen können. Typisch dafür sind viele Rohstoffmärkte und natürlich die Finanzmärkte. Gerade die Finanzmärkte sind ein gutes Beispiel dafür, wie in Österreich durch eine Vielzahl von Rigiditäten sehr lange Flexpreis- zu Fixpreis-Märkten gemacht wurden und so destabilisierende Einflüsse auf die reale Wirtschaft verhindert werden konnten.

Eine Festpreisökonomie bedeutet nicht, daß Preise und Kosten absolut stabil sind, sondern nur, daß sie unabhängig von der Kapazitätsauslastung, unabhängig von Angebot und Nachfrage sind. Scheidet man jedoch diese Faktoren als preisbestimmende Ursache aus, bedarf es anderer Erklärungen. Keynesianer schließen ihr Modell üblicherweise, indem sie die Preise auf die Geldlohnentwicklung zurückführen⁹. In Österreich, als einer kleinen, außenwirtschaftlich eng verflochtenen Wirtschaft, wird diese Vorstellung noch um einen wichtigen Faktor ergänzt: die Importpreise¹⁰. Auch wenn ein Preisanstieg – für Rohstoffe etwa – im Weltmaß nachfrageinduziert ist, stellt sich dies für eine kleine offene Wirtschaft, die Preisnehmer ist, als Kosteninflation dar¹¹. Von dieser Warte läßt sich die österreichische Strategie der Inflationsbekämpfung primär ableiten: Einkommenspolitik als Instrument, um die „hausgemachten“ cost-push-Elemente zu dämpfen, und gleichzeitig

Hartwährungspolitik zur Bekämpfung importierter cost-push-Elemente.

2. Einkommenspolitik

Einkommenspolitik ist ein sehr vages Konzept mit einer Fülle verschiedener Bedeutungen und Ausprägungen. Man beginnt eine Darstellung der österreichischen Version vielleicht am besten damit, festzuhalten, was Einkommenspolitik in Österreich nicht ist¹².

- Einkommenspolitik in Österreich ist kein makroökonomisches Konzept, das angesichts temporärer Schwierigkeiten kurzfristig eingesetzt wird. Die Frage, ob Einkommenspolitik eher für „slack“ oder für „tight market conditions“ angemessen ist, ist bei uns irrelevant¹³.
- Einkommenspolitik in Österreich bedient sich keiner gesetzlichen Kontrollen; der Regierungseinfluß ist minimal.
- Einkommenspolitik in Österreich kommt ohne explizit formulierte Lohnleitlinien aus.
- Einkommenspolitik in Österreich wird nicht als Instrument zur Änderung der personellen oder der funktionellen Einkommensverteilung angesehen.

Diese Punkte zeigen, daß einige der Standardargumente gegen Einkommenspolitik im österreichischen Fall nicht stichhaltig sind – etwa daß es notwendige Voraussetzung jeder erfolgreichen Einkommenspolitik sei, die Monopolmacht der Gewerkschaften und der Unternehmen zu zerschlagen, was nur in diktaturähnlichen Regierungsformen möglich sei¹⁴, oder daß es zum „re-entry“-Problem komme, d. h. zur Gefahr einer Lohn- und Preisexplosion, wenn die Lohn- und Preiskontrollen auslaufen¹⁵.

Österreich ist eines der wenigen Länder, denen es gelungen ist, eine dauerhafte Einkommenspolitik zu etablieren, und vieles spricht dafür, daß dies die einzig operable und ökonomisch sinnvolle Form der Einkommenspolitik ist¹⁶. Einkommenspolitik in Österreich ist ein zentrales, wenn nicht sogar konstituierendes Element der Sozial- und Wirtschaftspartnerschaft, die auf der permanenten Kooperation der großen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gruppen – Arbeitnehmer, Unternehmer, Landwirtschaft – beruht. Die Idee dieser Zusammenarbeit hat ihre Wurzeln in der politischen und ökonomischen Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert. Der Bürgerkrieg und die Massenarbeitslosigkeit in den dreißiger Jahren, die verheerende und ernüchternde Erfahrung des Nationalsozialismus, der wirtschaftliche Zusammenbruch und die Besetzung nach dem Krieg – all diese Faktoren haben die Bereitschaft der sozialen und politischen Gruppen unseres Landes hervorgerufen, zusammenzuarbeiten und Probleme durch Verhandlungen und Kompromisse zu lösen. Und man muß hinzufügen: Diese Bereitschaft zur Kooperation und zum sozialen und politischen Ausgleich hat den verschiedenen Regierungswechseln von

Koalitions- zu Alleinregierungen, von bürgerlich zu sozialdemokratisch dominierten Regierungen ebenso standgehalten, wie dem Wachstums- einbruch Mitte der siebziger Jahre; selbst der Generationswechsel, d. h. die schon weit gediehene Ablösung der „Kriegsgeneration“ durch jüngere Politiker und Interessenvertreter, hat an diesen Grundsätzen nichts geändert.

Eine wichtige Voraussetzung der österreichischen Sozial- und Wirtschaftspartnerschaft liegt in dem Umstand, daß die großen wirtschaftlichen Interessengruppen in ganz wenigen, dafür aber stark zentralisierten und wirtschaftspolitisch einflußreichen Institutionen organisiert sind. Vom gesamtwirtschaftlichen Interesse und Einfluß sind dabei die folgenden fünf Organisationen: die gesetzlichen Interessenvertretungen der Unternehmer (Handelskammern, vertreten durch die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft), der Landwirtschaft (Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern) und der Arbeitnehmer (Arbeiterkammern, vertreten durch den Österreichischen Arbeiterkammertag), der Österreichische Gewerkschaftsbund und – mit Einschränkungen – die Vereinigung Österreichischer Industrieller. Das zentralistische Element in diesen Organisationen ermöglicht es, zunächst gruppeninterne Differenzen zu überwinden, sich zu einer einheitlichen Vorgangsweise durchzuringen und dann in den Verhandlungen mit den anderen Wirtschaftspartnern geschlossen aufzutreten.

Besonders deutlich wird dieses System im gewerkschaftlichen Bereich: Es gibt in Österreich nur 15 Einzelgewerkschaften, die jedoch bloß Untergliederungen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes sind und keine eigene Rechtspersönlichkeit haben. Der Gewerkschaftsbund kontrolliert ihre Finanzen, bestellt und beschäftigt die Gewerkschaftssekretäre und hat indirekt auch einen Einfluß auf die im Prinzip autonome Lohnpolitik der Einzelgewerkschaften. Es bleibt daher nur wenig Raum für zwischengewerkschaftliche Rivalitäten, wie sie in anderen Ländern häufig vorkommen.

Entscheidend für das Funktionieren des Systems ist jedoch nicht nur die Tatsache, daß gesellschaftliche Gruppen mit oft antagonistischen Interessen miteinander verhandeln – wenngleich dies aus sozio-ökonomischer Sicht jedenfalls der effizientere Weg der Problem- und Konfliktlösung sein dürfte als Streiks, Aussperrungen etc. Ebenso wichtig ist der Umstand, daß im Prinzip *alle* beteiligten Gruppen an der Lösung *aller* entscheidenden wirtschaftspolitischen Fragen mitwirken. So sind beispielsweise die Gewerkschaften nicht nur bei der Lohnfestsetzung beteiligt, in einem Bereich also, in dem sie – Verhandlungen hin oder her – ohnehin über ausreichend Macht verfügen, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Vielmehr wirken sie auch an Entscheidungen mit, die sich andernfalls ihrem unmittelbaren Einfluß entzögen. Erst dieser Grundsatz macht den einzelnen Interessengruppen ein Denken in „trade-offs“ möglich. Erst dieser Grundsatz erlaubt es den Gewerkschaften – um bei diesem Beispiel zu bleiben – auf den Einsatz ihrer gesamten Verhandlungsmacht etwa in Lohnfragen zu verzichten, weil sie dafür sicher sein können, bei einer Reihe anderer Entscheidungen –

von der Preisfestsetzung der Unternehmer bis zu stabilisierungs-, steuer- oder industriepolitischen Fragen – Gehör zu finden.

Der eigentliche institutionelle Rahmen für Einkommenspolitik in Österreich ist die „Paritätische Kommission für Lohn- und Preisfragen“¹⁷. Es ist dies eine Institution auf der Basis völliger Freiwilligkeit, ohne eigene Rechtspersönlichkeit, ohne gesetzliche Grundlage und praktisch ohne direkte Sanktionsmöglichkeiten. Teilnehmer der Kommission sind die vier großen Interessenvertretungen (Handels-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammern, Gewerkschaftsbund) sowie vier Regierungsmitglieder, letztere ohne Stimmrecht. Die Kommission wird von den Wirtschaftspartnern einerseits dazu benützt, laufende wirtschaftspolitische Probleme zu erörtern, andererseits fungiert sie quasi als zweite Instanz im Lohn- und Preisbildungsverfahren, das sich in zwei Unterkommissionen vollzieht¹⁸.

Die Wirkung der Lohn-Unterkommission beruht darauf, daß sich die Einzelgewerkschaften verpflichten, erst dann mit Lohnverhandlungen zu beginnen, wenn die Lohn-Unterkommission ihre Zustimmung erteilt. Auf den Inhalt der Verhandlungen selbst, insbesondere auf das Ausmaß der Lohnerhöhungen, nimmt die Kommission keinen Einfluß. Die Möglichkeit der zeitlichen Steuerung der Lohnverhandlungen sowie der Umstand, daß sie vom Gewerkschaftsbund in der Unterkommission vertreten und dort einer „Vor“-Diskussion unterzogen werden, bieten ausreichend Raum, die einzelgewerkschaftlichen Forderungen zu koordinieren und auf gesamtwirtschaftliche Erfordernisse abzustimmen.

Im Preisunterausschuß der Paritätischen Kommission werden rund 50 Prozent der industriellen Erzeugerpreise und rund 20 Prozent aller Verbraucherpreise erfaßt. Die Anzahl der Preisanträge, die behandelt werden, weist eine steigende Tendenz auf und lag im Durchschnitt der letzten Jahre bei mehr als 400 Anträgen jährlich¹⁹. Nicht erfaßt werden vor allem Importwaren – obwohl gerade dies von den Arbeitnehmervertretern immer wieder verlangt wird –, ferner technische und modische Artikel, viele kleine Dienstleistungen, die Preise des Gastgewerbes und die amtlich geregelten Preise. Preiserhöhungen wird im Unterausschuß in der Regel stattgegeben, wenn Unternehmen nachweisen können, daß ihre Kosten gestiegen sind, wobei den Unternehmen ein (prozentuell) konstanter mark-up auf die Kosten zugestanden wird. Es ist klar, daß dieses Verfahren nicht unbedingt zur Kosteneffizienz erzieht und daß es darüber hinaus noch eine Reihe anderer allokativer, distributiver und stabilitätspolitischer Folgen impliziert, auf die aber hier nicht eingegangen werden kann²⁰. Hinsichtlich der Durchsetzbarkeit der Preisregelung zeigen Fallstudien, daß sich die Unternehmen an die Empfehlungen der Paritätischen Kommission halten, obwohl es an direkten Sanktionsmöglichkeiten fehlt²¹. Indirekt sind insofern Sanktionen möglich, als das Handelsministerium bei Preiserhöhungen, die nicht von der Paritätischen Kommission gebilligt wurden, befristet eine amtliche Preisregelung verfügen kann – was bisher allerdings noch nicht vorgekommen ist.

3. Wechselkurspolitik

Grundlagen und Verfahren der Einkommenspolitik in Österreich sind im wesentlichen seit den fünfziger Jahren unverändert. Demgegenüber ist die Wechselkurspolitik und insbesondere ihr Einsatz zur Inflationsbekämpfung ein Produkt der siebziger Jahre. Dies liegt auf der Hand: Erst der Zusammenbruch des Systems fixer Wechselkurse Anfang der siebziger Jahre machte den Einsatz der Wechselkurspolitik als makroökonomisches Instrument eigentlich möglich – nicht zur Freude jener Ökonomen, die Ende der sechziger Jahre für flexible, d. h. marktdeterminierte Wechselkurse eingetreten waren.

Anfang der siebziger Jahre, als sich in Österreich die „Hartwährungsdoktrin“ durchzusetzen begann, herrschte ein weitgehender Konsens darüber, daß der Schilling aufwertungsverdächtig sei (etwa gemessen an den relativ guten Erträgen der Exportwirtschaft). Die stabilitätspolitischen Aspekte der Wechselkurspolitik spielten jedoch erst nach und nach eine Rolle; zunächst – die österreichische Leistungsbilanz (einschließlich Statistischer Differenz) war von 1969 bis 1972 trotz raschen Wachstums aktiv – standen noch außenwirtschaftliche Überlegungen im Vordergrund. Österreich hatte die DM-Aufwertung des Jahres 1969 nicht mitgemacht, was ein entscheidender Grund für den exportinduzierten Wachstumsschub der Folgejahre gewesen sein dürfte. Im Mai 1971 wurde der Schilling um etwa 5 Prozent aufgewertet²². Nach der Aufhebung der Goldkonvertibilität des US-Dollars im August 1971 war Österreich das erste Land, das seine Währung an einem Korb von Auslandswährungen – vor allem wertbeständigen Auslandswährungen – orientierte. Dieser Grundsatz ist seither beibehalten worden, wobei allerdings im Zuge der wechselnden „Währungssysteme“ in Europa die Orientierungsgrößen mehrfach variiert wurden. Eine dominierende Rolle spielte jedoch immer die DM – zeitweise war sie sogar alleinige Orientierungsgröße –, sowohl wegen ihrer Stabilität, als auch natürlich wegen der herausragenden Stellung der Bundesrepublik unter Österreichs Handelspartnern. Als Folge dieser Wechselkurspolitik stieg der nominelle effektive Schillingkurs von 1971 bis 1982 um 35,2 Prozent, der reale effektive Kurs um 10,5 Prozent²³ (siehe Übersicht 1). Dies entspricht einer durchschnittlichen Werterhöhung des Schilling von 2,8 Prozent (nominell) pro Jahr bzw. 0,9 Prozent (real).

Die theoretische Fundierung der österreichischen Wechselkurspolitik beruhte vor allem auf zwei Konzepten²⁴. In Anlehnung an das skandinavische Inflationsmodell wurde zwischen dem exponierten und dem geschützten Sektor der Wirtschaft unterschieden. Man ging davon aus, daß durch eine Hartwährungspolitik der Spielraum für Preiserhöhungen im exponierten Sektor eingeschränkt und der Widerstand der Unternehmen gegenüber wettbewerbsgefährdenden Lohnforderungen gestärkt wird. Dies wiederum sollte eine stabilisierende Wirkung auf die Lohn- und Preisbildung im geschützten Sektor haben. Längerfristig erwartete (bzw. erhoffte) man sich ferner, daß der mit dieser Politik verbundene Druck auf die Profite im exponierten Sektor einen Zwang

Effektiver Wechselkurs des Schilling

	Nominell		Real ¹⁾	
	Index 1970 = 100	% gegen das Vorjahr	Index 1970 = 100	% gegen das Vorjahr
1971	100,6	0,6	99,3	-0,7
1972	101,3	0,8	100,4	1,1
1973	106,7	5,2	105,1	4,6
1974	111,8	4,9	108,6	3,4
1975	115,1	2,9	109,7	1,0
1976	119,5	3,9	113,2	3,2
1977	126,1	5,5	116,8	3,2
1978	127,2	0,9	115,6	-1,1
1979	129,0	1,4	113,1	-2,1
1980	132,7	2,8	112,4	-0,6
1981	131,2	-1,1	108,4	-3,6
1982	136,0	3,7	109,7	1,2

¹⁾ Deflationiert mit den relativen Verbraucherpreisen

Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

zur Produktivitätssteigerung und damit zur Strukturverbesserung mit sich bringt.

Das skandinavische Modell hat jedoch entscheidende Schwächen. Es erklärt zwar Inflation im Inland als Folge des internationalen Preisauftriebs und der Produktivitätsentwicklung in den beiden Wirtschaftssektoren, die Inflation bleibt jedoch „folgenlos“, d. h. ohne Auswirkungen auf andere ökonomische Variable. Es wurden zwar Erweiterungen des Modells in diesem Sinne vorgenommen, etwa indem eine Phillips-Kurve hinzugefügt wurde²⁵, aber wesentliche Aspekte der Interdependenz von Wechselkursen, Löhnen und Preisen, Einkommen und Beschäftigung bleiben ebenso unberücksichtigt wie beispielsweise auch der monetäre Sektor.

Fruchtbarer als das skandinavische Modell scheint mir daher der zweite Ansatz zum Verständnis der österreichischen Wechselkurspolitik zu sein: die Theorie von Wechselkurs-Preisspiralen in offenen Wirtschaften²⁶. Dieses Konzept geht davon aus, daß in einer offenen Wirtschaft Wechselkursbewegungen derartige Anpassungsprozesse in der Wirtschaft und insbesondere bei den Preisen hervorrufen, daß am Ende des Prozesses eine neuerliche, gleichgerichtete Wechselkursbewegung steht. Unterschieden wird dabei zwischen „vicious circles“ und „virtuous circles“, je nachdem, ob der Prozeß über eine Abwertung zu mehr Inflation (im Inland) und einer weiteren Abwertung führt, oder ob umgekehrt eine Aufwertung eine Inflationsdämpfung bewirkt und einen neuerlichen Aufwertungsdruck erzeugt.

Theoretische Ökonomen stehen diesem Konzept eher skeptisch gegenüber, insbesondere der möglicherweise explosiven Natur des Anpassungsprozesses²⁷. Vor allem aber betonen sie, daß Wechselkurs-Preis-Spiralen nur möglich seien, wenn die Geldpolitik inflationär (bei „vicious circles“) bzw. deflationär (bei „virtuous circles“) eingesetzt wird. Insofern seien diese Konzepte – um es pointiert zu formulieren – weniger Theorien über die Anpassungsprozesse in offenen Wirtschaften, sondern eher über das (Fehl-)Verhalten der Wirtschaftspolitiker. Inzwischen beginnen sich jedoch auch die Theoretiker ernsthafter mit diesem Konzept zu befassen; so läßt sich beispielsweise zeigen, daß unter bestimmten Annahmen Erwartungseffekte alleine ausreichen, um Wechselkurs-Preis-Spiralen in Gang zu setzen und aufrechtzuerhalten und eine unterstützende Geldpolitik nicht unbedingt notwendig ist²⁸.

Auch wenn die theoretische Fundierung vor Wechselkurs-Preis-Spiralen noch längst nicht abgeschlossen ist, so lassen sich doch einige Aussagen darüber machen, welche Bedingungen dieses Phänomen begünstigen²⁹. Ich werde mich dabei – um zur österreichischen Situation zurückzukehren – auf den Fall eines „virtuous circle“ konzentrieren. Erste Voraussetzung dafür ist, daß eine Aufwertung der heimischen Währung rasch und zur Gänze auf die Importpreise durchschlägt. Dies wird in kleinen offenen Wirtschaften wie der österreichischen, die Preisnehmer (in ausländischer Währung) ist, eher der Fall sein als in großen Ländern. Darüber hinaus ist die Weitergabe der Preissenkung im Inland wahrscheinlicher, wenn die Kapazitäten nicht voll ausgelastet sind. Eine (allerdings schon sechs Jahre zurückliegende) empirische Studie zeigt, daß in Österreich die Importpreise die Bewegungen des Wechselkurses zur Gänze innerhalb von zwei Quartalen nachvollziehen³⁰. Der zweite wichtige Punkt im Anpassungsprozeß ist, daß die Preise im geschützten Sektor und die Löhne den niedrigeren Importpreisen folgen; mit anderen Worten: es dürfen keine Preis- und Lohnrigiditäten bestehen (zumindest in einem auf Veränderungsraten übertragenen Sinn nicht). In der Methode wie dies wirtschaftspolitisch angestrebt wird, weicht der österreichische Fall vom Standardmodell ab: Während im letzteren der Geldpolitik die deflationierende Rolle zukommt, vertrauen wir in diesem Punkt der im vorigen Abschnitt beschriebenen Einkommenspolitik. Man kann natürlich und a priori nicht zu Unrecht die Meinung vertreten, daß es eines zusätzlichen Instruments gar nicht bedürfe, da – eine ausreichende Kapitalmobilität vorausgesetzt – über die Wechselkurspolitik die Geldpolitik ohnehin automatisch restriktiv wird³¹. Tatsächlich zeigt sich, daß Österreich in den siebziger Jahren zu jenen Ländern mit der geringsten Steigerung der Geldmenge zählte³². Diese Argumentation übersieht jedoch den Unterschied zwischen einer Lohn- und Preisentwicklung, die über monetäre Aggregate erzwungen wird und mit Sicherheit ohne Mengenreaktionen (sprich: Arbeitslosigkeit) nicht abgeht, und einer Situation, in der monetäre Größen einerseits und Löhne und Preise andererseits von vornherein konsistent sind³³. Es ist daher durchaus nicht unrichtig,

den Wechselkurs in Österreich in der Rolle einer Lohnleitlinie zu sehen, die mit den Wirtschaftspartnern, insbesondere den Gewerkschaften, abgestimmt ist und solche Inkonsistenzen verhindern will.

4. Erfolge und Probleme

Im internationalen Vergleich zeigt sich, daß Österreich im Durchschnitt der Jahre 1971 bis 1982 – seit dem Zusammenbruch des fixen Wechselkurssystems also – mit 6,4 Prozent jährlich den drittniedrigsten Anstieg der Verbraucherpreise hatte (Übersicht 2). Nur in der Schweiz und in der Bundesrepublik Deutschland war der Preisauftrieb geringer. Ein sehr ähnliches Bild zeigt sich, wenn man anderes Preisindizes zur Beurteilung heranzieht (solange die Preise in nationalen Währungen berechnet werden).

Man könnte nun argumentieren, daß Österreich zwar zweifellos zu den preisstabilsten Ländern gehörte, daß aber gleichzeitig Länder wie die Schweiz und die Bundesrepublik, die ohne vergleichbare einkommens- und preispolitische Absicherungen auskommen, eine noch stabilere Entwicklung aufweisen. Diese Argumentation ist meines Erachtens jedoch nicht sehr stichhaltig³⁴. Die Beurteilung des Erfolges der Wirtschaftspolitik im Hinblick auf ein bestimmtes Ziel ist problematisch. Die in der Theorie der Wirtschaftspolitik des deutschsprachigen Raumes so beliebten „magischen Vielecke“ sagen uns, daß ein umfassender, die simultane Verfolgung mehrerer Ziele in Betracht ziehender Ansatz notwendig ist. Aber selbst dann wird das Problem nicht unbedingt geringer, denn in der Regel ist wenig darüber bekannt, wie Wirtschaftspolitiker einzelne Zielabweichungen gewichten.

In Österreich haben, durch die tägliche Praxis ebenso belegbar wie durch programmatische Aussagen der Wirtschaftspolitiker, das Vollbeschäftigungs- und das Wachstumsziel eindeutig Vorrang vor stabilitätspolitischen und außenwirtschaftlichen Zielsetzungen. Weil jedoch Zielabweichungen in den ersten beiden Bereichen – natürlich unter Berücksichtigung des weltweiten Wachstumsknicks – lange Zeit weitgehend vermieden werden konnten, wurde dem Inflationsproblem und dem Leistungsbilanzproblem viel Aufmerksamkeit geschenkt.

Das in den vorhergehenden Abschnitten beschriebene Konzept wurde – angesichts der international unsicheren Währungssituation Anfang der siebziger Jahre – erst nach und nach entwickelt. Noch 1970 und 1971 war der Importpreisanstieg (in heimischer Währung) höher als im Durchschnitt der anderen OECD-Länder³⁵. Dank der dann einsetzenden Hartwährungspolitik zählt Österreich seither zu den Ländern mit der geringsten „importierten Inflation“, wenngleich auf Dollar-Basis der Importpreisanstieg überdurchschnittlich war.

Weniger gut funktionierte in den ersten Jahren das Zusammenspiel von Wechselkurs- und Einkommenspolitik. Vor allem 1975 stiegen die Löhne weit stärker als in den anderen Hartwährungsländern; die Arbeitskosten in der Industrie nahmen um 16,4 Prozent gegenüber 1974

zu. Dies ergab sich aus der Kombination der falschen Konjunkturschätzung noch im Herbst 1974 und einer auf Teuerungsabgeltung und den mittelfristigen Produktivitätszuwachs zugeschnittenen Lohnpolitik³⁶. Inzwischen funktioniert die Abstimmung zwischen den beiden Instrumenten der Inflationsbekämpfung besser. Die Vorgaben der Wechselkurspolitik werden in der Einkommenspolitik im Hinblick auf Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit akzeptiert. Durch einige sehr zurückhaltende Lohnrunden ist es in Österreich gelungen, die Inflation von fast 10 Prozent 1974 und noch 8½ Prozent 1975 auf fast 3½ Prozent in den Jahren 1978 und 1979 zurückzuführen (siehe Übersicht 3). Es ist schon richtig, daß dieser Inflationsrückgang auch in den anderen Hartwährungsländern erfolgte, aber in Österreich konnte zum Unterschied von der BRD, den Niederlanden und Belgien die Vollbeschäftigung erhalten werden³⁷.

Zum Abschluß nun noch einige Bemerkungen zu Entwicklungen, die den austro-keynesianischen Weg in der Vergangenheit vor Schwierigkeiten stellten bzw. die sich in Zukunft als Probleme erweisen könnten.

Übersicht 2

Durchschnittliche jährliche Veränderung 1971/81 in %

	Ver- braucher- preise ¹⁾	Bip- Deflator	Exportpreise in in Dollar	Landes- währung	Importpreise in in Dollar	Landes- währung
USA	8,2	7,4	10,7	10,7	14,6	14,6
Japan	8,3	6,9	10,6	5,7	17,2	11,9
BRD	5,2	4,8	10,1	5,4	12,2	7,4
Frankreich	10,6	10,1	10,1	9,9	11,8	11,6
Groß- britannien	13,4	14,2	12,3	14,4	13,9	16,1
Italien	15,6	15,8	11,0	18,0	15,4	22,6
Niederlande	7,1	7,4	12,0	8,3	12,9	9,2
Norwegen	9,3	9,2	14,5	12,1	10,6	8,3
Belgien	7,8	7,0	10,7	7,8	11,9	8,9
Dänemark	10,4	9,9	10,2	9,7	12,0	11,6
Finnland	11,5	11,8	13,0	13,4	14,2	14,4
Schweden	9,6	9,8	11,8	11,7	13,2	12,9
Schweiz	5,0	5,0	11,7	3,7	11,4	3,4
Österreich	6,4	6,3	9,3	4,5	10,7	5,8
OECD-Europa	11,0	11,4	.	.	.	.
OECD insgesamt	9,4	9,4	.	.	.	.

¹⁾ Durchschnitt 1971/82

Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, IMF

Preisentwicklung in Österreich

	Ver- braucher- preise	BIP- Deflator	Exportpreise in in Dollar	in Landes- währung	Importpreise in in Dollar	in Landes- währung	Arbeits- kosten in der In- dustrie
1972	6,4	7,6	9,3	1,7	9,3	0,4	6,5
1973	7,5	8,0	25,4	5,6	22,0	3,7	10,3
1974	9,5	9,5	21,6	16,6	25,0	19,0	9,3
1975	8,4	6,5	11,1	3,7	11,1	3,8	16,4
1976	7,3	5,6	- 3,0	0,0	- 1,0	2,2	-0,4
1977	5,5	5,3	12,4	3,1	13,1	3,8	6,4
1978	3,6	5,2	13,8	0,0	13,4	- 0,2	2,2
1979	3,7	4,1	12,9	4,1	15,0	5,5	-1,5
1980	6,3	5,4	8,6	5,0	13,7	10,7	4,7
1981	6,8	5,9	-13,8	6,1	-10,2	10,4	7,7
1982	5,4	.	.	.	.	.	.

Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, IMF

Ich möchte dabei vor allem zwei Bereiche herausgreifen:

- a) die Leistungsbilanzentwicklung,
- b) die Folgen der zunehmenden Integration mit dem Ausland.

ad a) In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre schien es, als ob die Leistungsbilanzentwicklung die österreichische Hartwährungspolitik zum Scheitern brächte. Von einer praktisch ausgeglichenen Position im Jahre 1975 rutschte die Leistungsbilanz (einschließlich statistischer Differenz) in den Jahren 1976 und 1977 in ein Defizit von 2,2 Prozent bzw. 3,7 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts; das Defizit der Handelsbilanz verdoppelte sich in diesem Zeitraum annähernd (von 4,6 Prozent des BIP 1975 auf 9 Prozent 1977). Durch ein geld- und fiskalpolitisches Maßnahmenpaket, das darauf abzielte, die Expansion der heimischen Nachfrage zu dämpfen, gelang es, diese Entwicklung 1978 wenigstens zu unterbrechen. Gleichzeitig wurde seit Mitte 1977 die Hartwährungspolitik leicht abgeschwächt; das mittelfristige Ziel seither ist es, eine nominell-effektive Aufwertung des Schilling mit einer real-effektiven Abwertung zu vereinbaren.

Empirische Untersuchungen haben in der Zwischenzeit jedoch gezeigt, daß die Leistungsbilanzverschlechterung eher eine Folge des positiven Wachstumsdifferentials Österreichs zum westlichen Ausland gewesen sein dürfte und weniger die Folge der Hartwährungspolitik³⁸. Simulationen für Österreich für die siebziger Jahre deuten darauf hin, daß kurz- und mittelfristig die Preiseffekte von Wechselkursänderungen die Mengeneffekte um ein Vielfaches übersteigen und daß in den

ersten Monaten nach einer Wechselkursänderung auch J-Kurven-Effekte auftreten können. Ferner ergaben die Berechnungen, daß – kumuliert über die vier Jahre von 1972 bis 1976 – die Verbraucherpreise um 7¼ Prozent und die Löhne um 5¼ Prozent stärker gestiegen wären³⁹.

Aber trotz dieser Ergebnisse bleibt die Leistungsbilanzentwicklung natürlich eine Gefahr für den austro-keynesianischen Ansatz, wenn auch nicht unmittelbar aufgrund wechselkurspolitischer Überlegungen. Wichtiger ist der Umstand, daß ein kleines, offenes Land, das aus beschäftigungspolitischen Überlegungen rascher wachsen will als seine Handelspartner, laufend Marktanteile im Export gewinnen muß, will es das außenwirtschaftliche Gleichgewicht halten. Fällt der Wechselkurs nun als außenhandelspolitisches Instrument aus, weil er auf ein Stabilitätsziel hin ausgerichtet ist, so erfordert diese Politik erstens ein striktes Einhalten der Wechselkursvorgaben durch die Einkommenspolitik, um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit nicht überzustrapazieren, und erfordert zweitens laufend Strukturverbesserungen und Produktivitätsfortschritte.

In diesem Zusammenhang erhebt sich die Frage nach den Strukturfolgen der Hartwährungspolitik. Ich erwähnte bereits, daß wir in der Wechselkurspolitik auf eine Art „cost-push“-Effekt auf die Produktivität setzen. Demgegenüber wurde auf die Gefahr hingewiesen, daß zu geringe Profitraten im exponierten Sektor Strukturverschiebungen in den geschützten Sektor bewirken könnten, mit allen negativen Folgen für das Wirtschaftswachstum, die gesamtwirtschaftliche Produktivität und das außenwirtschaftliche Gleichgewicht, die damit verbunden wären⁴⁰. Man darf dieses Problem sicher nicht aus den Augen verlieren; aus der Tatsache, daß die Unternehmerseite, die noch Mitte der siebziger Jahre mehrmals und von ihrer Warte nicht zu Unrecht die Wechselkurspolitik angriff, diese Politik derzeit voll mitträgt, schließe ich jedoch, daß sich die Situation gebessert hat. Vor allem aber zeigt sich empirisch⁴¹, daß Österreich gerade seit der ersten Hälfte der siebziger Jahre immer zu den Industrieländern mit den höchsten Produktivitätssteigerungen zählte. Die Stundenproduktivität in der Industrie stieg in den letzten Jahren nur in Japan und Belgien stärker, in Belgien allerdings bei relativ geringem Wirtschaftswachstum und rasch steigender Arbeitslosigkeit⁴². Durch die überdurchschnittliche Produktivitätsentwicklung und die schon erwähnte leichte Abschwächung der Hartwährungspolitik seit 1977 hat sich auch unsere preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessert⁴³.

Inzwischen hat sich in Österreich die Leistungsbilanzsituation entspannt; 1982 hatten wir sogar einen leichten Überschuß, der sich 1983 vermutlich wiederholen wird. In Österreich herrscht momentan gerade eine Diskussion darüber, ob diese Verbesserung bereits Zeichen einer Strukturverbesserung unserer Wirtschaft ist oder eher Folge der Rezession. Empirisch läßt sich dazu derzeit noch wenig sagen; nach meinem Dafürhalten ist gegebenenfalls mit einer gewissen konjunkturbedingten Verschlechterung der Leistungsbilanz zu rechnen, aber mir scheint die jetzt erreichte Verbesserung bereits ein Erfolg zu sein, da wir

derzeit, wenn auch bei niedrigen Wachstumsraten, einen Wachstumsvorsprung vor den meisten unserer Handelspartner haben.

ad b) Wesentliche Ausprägungen des österreichischen Systems sind eher für eine zwar nicht geschlossene, aber doch nur mäßig offene Wirtschaft charakteristisch als für jenen Typus von kleiner offener Wirtschaft, wie er im Zentrum der neueren Außenwirtschaftstheorie steht. (Auch das ist ein keynesianischer Zug der österreichischen Wirtschaft.) Dies gilt beispielsweise für das aus den fünfziger Jahren stammende einkommenspolitische Verfahren, dies gilt aber etwa auch für den monetären Bereich.

Tatsächlich dürfte sich jedoch die Situation im Laufe der siebziger Jahre entscheidend geändert haben. In der ersten Hälfte des vorigen Jahrzehnts sind die Verträge mit den Europäischen Gemeinschaften wirksam geworden, mit nachhaltigen Integrationseffekten für unsere Wirtschaft⁴⁴. Lagen die Importquoten 1960 erst knapp über 20 Prozent, so betrugen sie 1970 bereits rund 25 Prozent und stiegen bis 1980 auf über 30 Prozent. Konsequenz dieser Entwicklung ist, daß die Reichweite (d. h. der Prozentsatz der erfaßten Güter) des preispolitischen Verfahrens im Rahmen der Einkommenspolitik ständig sinkt⁴⁵. Auf makroökonomischer Ebene zeigt sich dementsprechend, daß die Importpreise rascher als früher auf die inländischen Preise wirken⁴⁶.

Vielleicht noch stärker, auf jeden Fall aber überraschender, waren die Integrationstendenzen im monetären Bereich. Dies dürften einerseits „Echo-Effekte“ der realen Integration gewesen sein, andererseits natürlich Begleiterscheinungen der Entwicklung Österreichs zu einem modernen Industriestaat, mit der ein rasches Wachstum des Finanzvermögens einherging. Die lange Zeit betriebene Politik der Nominalzinskonstanz ließ sich nicht mehr durchhalten und ist vielleicht in einem entwickelten Finanzsystem auch nicht sinnvoll⁴⁷. Auf jeden Fall hatte diese Entwicklung auch positive Effekte: Die gestiegene Flexibilität der österreichischen Finanzmärkte und ihre internationale Verflechtung hat sicherlich die Finanzintermediation, die durch die wachsenden sektoralen Saldendiskrepanzen notwendig wurde, erleichtert. Andererseits dürfen die negativen Wirkungen dieser Entwicklung jedoch nicht übersehen werden. Konnte man früher davon ausgehen, daß die Geld- und Zinspolitik trotz fixer Wechselkurse weitgehend autonom war (wenngleich diese Autonomie nur zögernd genützt wurde), so wurde der monetäre Zusammenhang in den letzten Jahren enger. Ein Versuch, die 1978 eingeleitete Zinssenkungspolitik fortzusetzen, mußte 1979 abgebrochen werden, und der folgenden weltweiten Zinshausse und den Auswirkungen der Dollaraufwertung konnten wir uns nicht entziehen. Man kann in dieser Frage nicht einmal damit argumentieren, daß der Verlust monetärer Autonomie die Folge der fixen Wechselkurse zum Hartwährungsblock (insbesondere zur BRD) ist. Inzwischen sind ja Zweifel darüber aufgetaucht, ob in einem kleinen Land, in dem Wechselkursänderungen die vorhin erwähnten J-Kurven-Effekte bewirken, selbst bei flexiblen Wechselkursen die Geldpolitik wirksam ist⁴⁸.

Beides zusammen, die reale und die monetäre Integration, bewirken, daß es schwieriger wird, unser Ziel – die Vermeidung spekulativer und überschießender Preis- und damit verbundener Mengenbewegungen – zu erreichen. Man soll diese Entwicklung – diese Bedrohung des österreichischen Weges, wenn man will – allerdings auch nicht überzeichnen. Österreich ist im letzten Jahrzehnt offener geworden und hat als Preis Handlungsspielraum eingebüßt. Der große „Integrationsprung“ der siebziger Jahre ist aber nun bewältigt, und empirisch zeigt sich, daß die Wirtschaftsstruktur Österreichs wie in anderen kleinen offenen Ländern Europas weit von den Annahmen der Theorie entfernt ist. Die Bandbreite zwischen dem „fine tuning“ und dem „Treibenlassen“ einer Wirtschaft ist groß genug, um auch einer kleinen Wirtschaft wie der österreichischen Raum für eine eigenständige Wirtschaftspolitik zu ermöglichen.

Anmerkungen

- 1 Es gibt durchaus Bereiche, beispielsweise das Problem fixer versus flexibler Wechselkurse, wo die Unterschiede nicht so klar zutage treten.
- 2 F. Machlup, *Another View of Cost-Push and Demand-Pull Inflation*, *Review of Economics and Statistics*, Vol. 42, 1960.
- 3 Zu darüber hinausgehenden bzw. alternativen Vorstellungen, was Austro-Keynesianismus ist oder sein könnte, siehe die Beiträge der Professoren Socher, Streissler und Tichy und von mir in den Wirtschaftspolitischen Blättern, 29. Jg., Heft 3, 1982, die diesem Thema gewidmet waren; ferner H. Ostleitner, *Zu den Grundlagen der wirtschaftspolitischen Konzeption der Sozialistischen Partei Österreichs*, in: H. Abele/E. Nowotny/St. Schleicher/G. Winckler (Hrsg.), *Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik*, Wien 1982.
- 4 G. Haberler, *Austria's Economic Development after the Two World Wars: A Mirror Picture of the World Economy*, in: S. Arndt (ed.), *The Political Economy of Austria*, Washington 1982.
- 5 J. R. Hicks, *The Crisis in Keynesian Economics*, Oxford 1975.
- 6 Siehe etwa E. Streissler, *Diskussionsbeitrag*, in: H. Seidel/F. Butschek (Hrsg.), *Ist Arbeitslosigkeit unvermeidlich?*, Wien 1979, S. 108 sowie E. Streissler, *Das Ende des Keynesianismus*, *Wirtschaftspolitische Blätter*, 19. Jg., Heft 3, 1982, S. 86.
- 7 R. J. Gordon, *Output Fluctuations and Gradual Price Adjustment*, *Journal of Economic Literature*, Vol. XIX, June 1981.
- 8 K. Aiginger, *Unternehmensplanung in der österreichischen Industrie*, *Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung*, 53. Jg., Heft 8, 1980.
- 9 Die Dichotomie in Fix-Preis- und Flex-Preis-Märkte führt daher zur alten Unterscheidung in demand-pull- und cost-push-Theorien der Inflation zurück.
- 10 Überraschenderweise läßt sich allerdings empirisch hinsichtlich des Einflusses von Importpreisen auf die Verbraucherpreise kein signifikanter Unterschied zwischen kleinen offenen, großen offenen und eher geschlossenen Wirtschaften feststellen, siehe OECD, *International Aspects of Inflation*, *Occasional Studies*, Paris 1982, S. 15 f.
- 11 A. Lindbeck, *Inflation – Global, international and national aspects*, Leuven 1980, S. 65.
- 12 Im folgenden Abschnitt folge ich meinen Ausführungen in H. Seidel, *Incomes Policy in Austria*, in: *Challenge*, September/Oktober 1981.
- 13 Zur entsprechenden Diskussion in den Vereinigten Staaten siehe D. Quinn Mills, *U. S. Incomes Policies in the 1970's – Underlying Assumptions, Objectives, Results*, *American Economic Review*, vol. 71, May 1981.

- 14 Siehe etwa A. Lindbeck, op. cit., S. 112. Ähnlich – wenn auch nicht in Zusammenhang mit Einkommenspolitik – kürzlich N. Kaldor, *Inflation – An Endemic Problem of Modern Capitalism*. Wirtschaft und Gesellschaft, 8. Jg., 1982, Heft 2.
- 15 A. Lindbeck, op. cit., S. 108.
- 16 OECD, *Incomes Policy in Theory and Practice*, Occasional Studies, Paris, July 1980.
- 17 Siehe etwa Th. Lachs, *Wirtschaftspartnerschaft in Österreich*, Wien 1976, sowie B. Marin, *Die Paritätische Kommission – Aufgeklärter Technokorporatismus in Österreich*, Wien 1982.
- 18 Daneben gibt es in der Paritätischen Kommission noch eine dritte Unterkommission (Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen), in der Experten der Interessenorganisationen unter Beiziehung externer Fachleute Gutachten und Empfehlungen zu konkreten wirtschaftspolitischen Problemen erarbeiten. Durch seine Nähe zu den Interessenorganisationen ist der Beirat „nicht so unabhängig, wie das manche ähnliche Gremien im Ausland sind – seine Empfehlungen haben aber andererseits wesentlich mehr Aussicht, tatsächlich befolgt zu werden“. (Th. Lachs, op. cit., S. 72).
- 19 B. Marin, op. cit., S. 134 ff.
- 20 H. Walther, *Einige mikro- und makroökonomische Aspekte der Preisregelung durch die Paritätische Kommission*, in: H. Abele, et al., op. cit.
- 21 H. Walther, op. cit., S. 407.
- 22 Zur Chronologie der österreichischen Wechselkurspolitik in den siebziger Jahren siehe H. Handler, *Die österreichische Hartwährungspolitik*, in: H. Abele, et al., op. cit., S. 414.
- 23 Die Aufwertungssätze beziehen sich auf den WIFO-Wechselkursindex gemäß H. Seidel, *Der effektive Wechselkurs des Schilling*, Monatsberichte des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 51. Jg., Heft 8, 1978. Hinsichtlich der Ergebnisse mit einem neu gewichteten Wechselkursindex siehe P. Mooslechner, *Neuberechnung der WIFO-Wechselkursindizes*, Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 55. Jg., Heft 7, 1982.
Die reale Entwicklung wurde hier durch Deflationieren mit den relativen Verbraucherpreisen ermittelt. Ein abweichendes Bild ergibt sich, wenn mit den relativen Arbeitskosten oder Exportpreisen deflationiert wird.
- 24 H. Handler, *The Exchange Rate as an Intermediate Target of Stabilization Policy in Austria*, in: H. Frisch/G. Schwödiauer (eds), *The Economics of Flexible Exchange Rates, Kredit und Kapital*, Beiheft 6, Berlin 1980.
- 25 Dieses Modell wird für Österreich von Prof. Frisch vertreten; zuletzt in: H. Frisch, *Macroeconomic Adjustment in Small Open Economics*, in: S. Arndt (ed.), op. cit.
- 26 Siehe etwa H. Handler, *Wechselkurs-Preis-Spiralen in offenen Volkswirtschaften: Das österreichische Beispiel im internationalen Vergleich*, in: G. Bombach, B. Gahlen, A. E. Ott (Hrsg.), *Zur Theorie und Politik internationaler Wirtschaftsbeziehungen*, Tübingen 1981.
- 27 G. Basevi/P. De Grauwe, *Vicious and virtuous circles: A theoretical analysis and a policy proposal for managing exchange rates*, *European Economic Review*, Vol. 10, December 1977.
- 28 M. Obstfeld, *Relative Prices, Employment, and the Exchange Rate in an Economy with Foresight*, *Econometrica*, Vol. 50, September 1982.
- 29 H. Handler, *Wechselkurs-Preis-Spiralen . . .*, op. cit., S. 451 ff.
- 30 M. E. Kreinin, *The Effects of Exchange Rate Changes on the Prices and Volume of Foreign Trade*, *IMF Staff Papers*, Vol. 24, July 1977.
- 31 „ . . . but Austria, for good reasons, set the exchange rate and adjusted monetary policy. As mentioned earlier, this does not mean that Austria followed Keynesian rather than monetarist prescription. Essentially the Bundesbank provides the monetarist basis for Austrian policy.“ (G. Haberler, op. cit., S. 72.)
- 32 H. Handler, *Wechselkurs-Preis-Spiralen . . .*, op. cit., S. 461, Übersicht 1.
- 33 „The negative effect of a fall in the money growth rate on output . . . can certainly be avoided if private market participants anticipate the reduction in the money growth rate a long time ahead“ (J. R. Artus, *Monetary Stabilization, With and Without Government Credibility*, *IMF Staff Papers*, Vol. 28, September 1981.) Diese Feststellung läßt sich durchaus auch auf die Wechselkurspolitik übertragen. Siehe dazu auch

- M. Peston, Monetary policy and incomes policy: complements or substitutes?, *Applied Economics*, vol. 12, 1980.
- 34 Siehe auch H. Walther, op. cit., S. 404 f.
 - 35 OECD, *International Aspects* . . . , op. cit., Übersicht 1.
 - 36 H. Seidel, Die österreichische Wirtschaft – Entwicklung, Erfolge und Probleme, Quartalshefte der Girozentrale, 14. Jg., Sonderheft 1, 1979, S. 49.
 - 37 Im internationalen Vergleich hat Österreich dennoch mittelfristig die empirisch „schönste“ Phillips-Kurve (F. Breuss, Gibt es eine stabile Phillips-Kurve in Österreich?, Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 53. Jg., Heft 4, 1980). Dies ist jedoch weniger Ausdruck von Marktfaktoren, sondern eher der institutionellen Regelung der Lohn- und Preispolitik. So läßt sich zeigen, daß selbst eine langfristig senkrechte Phillips-Kurve durch eine auf Verteilungskonstanz ausgerichtete Preis- und Lohnpolitik in eine Phillips-Relation (mit negativem Anstieg) übergeführt werden kann; siehe dazu A. Wörgötter, The stable Phillips-curve in Austria, erscheint in *Empirica*, Heft 2, 1983.
 - 38 E. Smeral/E. Walterskirchen, Der Einfluß von Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit auf die Leistungsbilanz, Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 54. Jg., Heft 7, 1981.
 - 39 F. Schebeck/H. Suppanz/G. Tichy, Die mittelfristigen Folgen der Wechselkurspolitik für Leistungsbilanz und Inflationsrate, *Empirica*, Heft 2, 1980.
 - 40 Siehe E. Hochreiter, Allokationswirkungen der österreichischen Wechselkurspolitik: Einige erste Anhaltspunkte, Quartalshefte der Girozentrale, 15. Jg., Sonderheft 1, 1980; A. Sitz, Wechselkurse und Produktionsstruktur, Quartalshefte der Girozentrale, 16. Jg., Heft 2, 1981.
 - 41 A. Guger, Die Arbeitskosten der verarbeiteten Industrie im internationalen Vergleich, Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 56. Jg., Heft 1, 1983.
 - 42 Die eher ungünstige Entwicklung in Belgien, das zeitweise ähnliche wirtschaftspolitische Intentionen wie Österreich hatte, ist übrigens ein gutes Beispiel dafür, wie wichtig die einkommenspolitische Absicherung einer Hartwährungs- und expansiven Fiskalpolitik ist; siehe dazu M. Teschner/D. Vesper, Budgetpolitik Österreichs im internationalen Vergleich, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1983.
 - 43 A. Guger, op. cit., weist darauf hin, daß z. B. die Lohnstückkostensituation in der österreichischen Industrie im Vergleich zur BRD derzeit um 10 Prozent günstiger ist als 1960.
 - 44 F. Breuss/J. Stankovsky, Westeuropäische Integration und österreichischer Außenhandel, in: H. Hanreich/G. Stadler (Hrsg.), Österreich – europäische Integration, Baden-Baden 1979.
 - 45 B. Marin, op. cit., S. 140, Abb. 4.
 - 46 W. Pollan, Vielfältige Bewegungen der Verbraucherpreise seit 1967, Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 53. Jg., Heft 4, 1980.
 - 47 E. Streissler, Finanzmärkte bei steigendem Einkommen und Vermögen – Zinskonstanz oder Marktzins als optimale gesamtwirtschaftliche Strategie?, Wirtschaftsanalysen der Ersten österreichischen Spar-Casse, Heft 4, 1980; G. Winckler, Das Ende der aktiven Nominalzinspolitik in Österreich, Wirtschaftsanalysen der Ersten österreichischen Spar-Casse, Heft 4, 1980.
 - 48 J. Niehans, Some doubts about the efficacy of monetary policy under flexible exchange rates, *Journal of International Economics*, Vol. 5, 1975.